



Brief aus Berlin

Ausgabe 10|2014



Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Präsident der Bundesnetzagentur in Werneck

Über zwei Stunden Diskussion beim Runden Tisch zur Stromtrasse „SuedLink“



Liebe Leserinnen und Leser,

auf meine Einladung hin war der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, zu Gast beim Dritten Runden Tisch zur Stromtrasse SuedLink. Gemeinsam mit Staatssekretär Gerhard Eck MdL, Landrat Florian Töpfer und mehr als 20 Teilnehmern, darunter Bürgermeister und Vertretern der betroffenen Gemeinden sowie der Bürgerinitiative „A7 Stromtrasse Nein“, diskutierte der Präsident über den Bedarf sowie die weiteren Planungsschritte der Stromtrasse SuedLink, die von Willster in Norddeutschland nach Grafenrheinfeld führen soll.

Zunächst gilt es, unter Einbezug der Betroffenen vor Ort, die Frage nach dem Bedarf der Stromleitungen zu klären. Erst wenn dieser unumkehrbar feststeht, muss man sich in einem zweiten Schritt Gedanken über einen für Mensch und Natur möglichst verträglichen Trassenverlauf machen. Dabei gilt es, die Möglichkeit der Erdverkabelung ernsthaft zu prüfen und zu nutzen. Der Bundesnetzagentur kommt in diesem Verfahren als neutrale Genehmigungsbehörde eine wichtige Schlüsselposition zu.

Derzeit wird der Bedarf der Stromleitung SuedLink, der erstmals 2012 von der Bundesnetzagentur bestätigt wurde, im Rahmen der Fortschreibung des Netzentwicklungsplanes überprüft und dabei die geänderten Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014

eingerechnet. Präsident Homann bremste jedoch vergangene Woche auch die Erwartungen der Gesprächsteilnehmer. Denn die Netzagentur rechnet damit, dass auch im Netzentwicklungsplan 2014 der Bedarf für die Stromautobahn Willster-Grafenrheinfeld bestätigt wird, da in das Bundesbedarfsplanungsgesetz nur Projekte aufgenommen wurden, die eine gewisse Robustheit gegen Veränderungen mit sich bringen. Die Bundesnetzagentur hat dem Netzentwicklungsplan mehrere Szenarien für die Jahre 2024 und 2034 zugrunde gelegt und ist dabei von verschiedenen Voraussetzungen ausgegangen. Hier wurde bereits in der Vergangenheit in allen Szenarien der Bedarf der SuedLink-Trasse bestätigt.

Der für den Bau der Leitung zuständige Netzbetreiber TenneT wird nun in Informationsveranstaltungen entlang der geplanten Trasse die Ergebnisse der ersten Bürgerbeteiligung vorstellen. In Berlin informierte TenneT die Bundestagsabgeordneten, dass der Netzbetreiber an dem derzeitigen Trassenkorridor festhalten und die nächsten Planungsschritte in den kommenden Monaten weiter vorantreiben will. Nach Informationen von TenneT wird die für Montag, 29. September in Schweinfurt geplante Informationsveranstaltung jedoch auf einen späteren Termin verlegt, da zwischen Berlin und München noch Abstimmungsbedarf besteht. Den neuen Termin wird TenneT noch bekannt geben.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Der Bocksbeutel muss bleiben
- Koalition entlastet Asylsystem
- Lerntipps und gesundes Pausenbrot
- Gute Stimmung beim Fränkischen Oktoberfest
- Berlin vom 9. bis 11. November 2014 entdecken

Der Bocksbeutel muss bleiben

CSU kämpft für den Schutz der exklusiven fränkischen Weinflaschenform

Kein anderes Symbol steht so für Qualität und fränkische Weinbautradition wie der Bocksbeutel. Die bauchige Flaschenform ist längst über die Grenzen Frankens hinaus bekannt und beinhaltet neben der fränkischen Lebensfreude nur die besten Qualitätsweine.



Bei der Weinmarktreform 2007 stand es zunächst schlecht um dieses fränkische Kulturgut: Die EU-Kommission wollte den gesetzlichen Schutz des Bocksbeutels aufheben. Die Folgen wären gravierend gewesen für den Frankenwein: Ohne den gesetzlichen Schutz könnte jeder Wein, egal welcher Qualität, in die bewährte Flasche abgefüllt werden. Ein Missbrauch des Qualitätssymbols und damit eine Täuschung der Verbraucher hätte nicht lange auf sich warten lassen. Kein Wunder, dass der Erhalt des gesetzlichen Bocksbeutelsschutzes eine Herzensangelegenheit für

die Winzer war. Die damalige Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber hat deshalb in Brüssel stets für den Bocksbeutel geworben, reiste sogar mit einem Koffer voller Bocksbeutel nach Brüssel und führte eine Weinverkostung auf den Fluren des Europäischen Parlaments durch. Nach schwierigen Verhandlungen ist es schließlich gelungen, EU-Kommission, Europaparlamentarier und Mitgliedstaaten von der Notwendigkeit des Schutzes zu überzeugen. Nun hat die EU-Kommission angekündigt, die entscheidende Rechtsverordnung, die den Schutz des Bocksbeutels beinhaltet, zu überarbeiten. Einige Mitgliedstaaten, die selbst keine nennenswerten Weinerzeuger sind, haben in diesem Zuge eine Abschaffung des Schutzes gefordert. „Eine Abschaffung des gesetzlichen Bocksbeutelsschutzes wird es mit uns auch dieses Mal nicht geben“, so Anja Weisgerber. „Wir werden den Forderungen einiger Mitgliedstaaten, den Weinmarkt zu liberalisieren, einen Riegel vorschieben und im Keim ersticken“, betont die Bundestagsabgeordnete. Einen Verbündeten für den fränkischen Weinbau hat sie mit dem neuen, auch aus Franken stammenden, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt gefunden. Auch er macht sich in Brüssel für den Erhalt des Bocksbeutelsschutzes stark. Dies hat er dem scheidenden EU-Agrarkommissar Ciolos bereits in einem persönlichen Gespräch deutlich gemacht. Der fränkische Bocksbeutel hat damit Unterstützer auf allen politischen Ebenen. Bei so geballtem politischen Auftreten kann man zuversichtlich sein, dass der Bocksbeutelsschutz auch weiterhin bestehen bleibt.

Koalition entlastet Asylsystem

Hilfe für wirklich Verfolgte – Bundesrat stimmt Gesetz zu

Infolge der vielen Konflikte weltweit hat sich die Zahl der Asylbewerber in Deutschland fast verdoppelt. Wir müssen uns für das laufende Jahr erstmals seit den 1990er Jahren wieder auf mehr als 200.000 Asylbewerber einstellen. Die Belastungen für Länder und Kommunen haben große Ausmaße angenommen, so dass dringend gehandelt werden muss. Wir müssen auch weiterhin unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen, aber zugleich sicherstellen, dass nur diejenigen unsere Unterstützung erhalten, die tatsächlich verfolgt und bedroht sind.

Der Bundesrat hat in der vergangenen Woche dem Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer zugestimmt. Unser Asylsystem muss den politisch Verfolgten schnell eine sichere Zuflucht gewähren; es darf aber Menschen, die nicht verfolgt sind, keine falschen Hoffnungen machen. Im Jahr 2014 sind bisher mehr Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gekommen als aus Syrien. Die Zustimmung des Bundes-

rates zum Gesetz, das die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylverfahren erklärt, stärkt das Asylrecht in Deutschland. Die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung für tatsächlich Verfolgte kann nur erhalten bleiben, wenn Asylmissbrauch verhindert wird. Diejenigen, die aus dem EU-Beitrittskandidat Serbien kommen und keinerlei Aussicht auf eine Anerkennung im Asylverfahren haben, können nicht genauso behandelt werden wie Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien. Bei syrischen Flüchtlingen liegt die Schutzquote bei fast 100 Prozent, bei den Westbalkanländern unter 0,3 Prozent.

Wir werden aber weitere Schritte benötigen, damit abgelehnte Bewerber zügig in ihre Heimatländer zurückkehren. Dazu gehören weitere Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um die Asylanträge so schnell wie möglich zu bearbeiten. Auch die Länder und Kommunen sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten.

Unser Ziel muss es bleiben, den wirklich Schutzbedürftigen schnell und effektiv zu helfen. Dazu ist uns mit diesem Gesetz ein wichtiger Schritt gelungen.

Lerntipps und gesundes Pausenbrot

Frauen-Union und CSU startet mit einer Apfelaktion zum Schulbeginn

Für rund 109.900 Schülerinnen und Schüler in Bayern begann Mitte September der erste Schultag ihres Lebens. Schon seit vielen Jahren begrüßen Mitglieder der Frauen-Union und der CSU im Landkreis Kitzingen vor den Grundschulen die neuen Erstklässler des Schuljahres und ihre Eltern mit einer kleinen Aufmerksamkeit. Die frischen Äpfel werden in Kitzingen und Volkach auch von der CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Anja Weisgerber überreicht.



Die Mütter und Väter bekommen außerdem ein Merkblatt mit einfachen Lerntipps für die erste Klasse sowie einen Stundenplan. „Ich wünsche allen Schülern, dass sie viel Freude im Schulalltag erleben und mit neuer Energie die vor ihnen liegenden Aufgaben anpacken können“, so die Abgeordnete. Mit den Lerntipps und dem gesunden „Pausenbrot“ von FU und CSU fing der erste Schultag für die Abc-Schützen im Kitzinger Land gut an.



Bund unterstützt Konversionskommunen mit Programm

Bei einem Gespräch im Schweinfurter Rathaus tauschten sich Oberbürgermeister und Landrat mit Staatssekretär Gerhard Eck, der Bundestagsabgeordneten Dr. Anja Weisgerber und weiteren Abgeordneten über den Stand der Konversion aus. Zwar ist die Stadt bei der Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung bereit, Verantwortung für Flüchtlinge und Asylsuchende zu übernehmen, betont jedoch gleichzeitig, dass dadurch die weitere städtebauliche Entwicklung auf den US-Flächen (I-Campus, Gewerbe, Wohnen) nicht behindert werden darf. Weisgerber erklärte, dass der Bund ein Städtebauförderprogramm für „national bedeutsame Maßnahmen“ aufgelegt hat, bei dem ab 2016 die Konversion einen Schwerpunkt bilden wird.



Gute Stimmung beim Fränkischen Oktoberfest

Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister a.D. und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, war als Festredner zu Gast beim dritten Fränkischen Oktoberfest von FU und CSU in Grafenheinfeld. Erst dirigierte Friedrich die Musikkapelle Poppenhausen durch den „Friedrich“-Marsch, dann folgte mit seiner Rede ein Höhepunkt des Abends. Die Flüchtlingsproblematik war dabei das große Thema. Der Tenor: Verantwortung übernehmen und humanitäre Hilfe leisten, aber auch andere EU-Länder wie Italien mehr in die Pflicht nehmen. Geholfen wird jedem in Bedrängnis, der sich mit dem Leben hier identifiziert. Deshalb ist auch, so Friedrich, die doppelte Staatsbürgerschaft keine gute Idee.



Die Bundeshauptstadt Berlin entdecken

Dreitägige Berlinfahrt vom 9. bis 11. November 2014

„Berlin erleben“ – unter diesem Motto findet vom 9. bis 11. November 2014 eine Fahrt in die Bundeshauptstadt Berlin statt. Besonders freut sich Dr. Anja Weisgerber auf das persönliche Gespräch mit allen Teilnehmern vor Ort. Höhepunkt der Fahrt wird der Besuch des Deutschen Bundestages sowie das Gespräch mit der Abgeordneten und der Vortrag auf der Tribüne des Plenarsaals sein. Es folgt ein gemeinsames Gruppenfoto mit Anja Weisgerber und der Gang über die Kuppel des Reichstagsgebäudes. Daneben beinhaltet das Programm eine Stadtrundfahrt, eine Führung im ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, eine Besichtigung rund um das Brandenburger Tor mit dem Holocaust-Mahnmal sowie ein Bummel am Kurfürstendamm mit der Gedächtniskirche und dem KaDeWe. Politische Informationen und interessante Einblicke aus erster Hand erhalten die Teilnehmer bei Fachgesprächen im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie im Bundesministerium der Verteidigung. Auf der Rückfahrt ist zudem eine Stadtrundfahrt oder ein Spaziergang durch die ehemals preußische Residenzstadt Potsdam geplant.

Im Reisepreis von 169 Euro pro Person (DZ) sind unter anderem die Hin- und Rückfahrt, zwei Übernachtungen mit Frühstück im Intercity Hotel Berlin Hauptbahnhof, Reiseleitung vor Ort, Organisation aller Programmpunk-



te, kostenfreie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin sowie ein Stadtplan für alle Teilnehmer. Die Zustiegsorte im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen werden nach Eingang der Anmeldungen festgelegt.

Die Anmeldung ist im Internet möglich auf der Webseite www.politica-reisen-anmeldungen.de/STUDIENFAHRT_BERLIN_MDB_DR_WEISGERBER_9_BIS_11_NOVEMBER_2014. Gerne können Sie zur Anmeldung und für weitere Informationen die Firma Politica-Reisen unter der Telefonnummer 0331 / 235 45 41 kontaktieren.

Neuer Schwung für den internationalen Klimaschutz

UN-Gipfel bereitet neues Klimaschutzabkommen vor

Der Bericht des Weltklimarates vom April hat es noch einmal vor Augen geführt: Der Klimawandel ist längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Damit es gelingt, die Erderwärmung in den nächsten Jahren einzudämmen, sollen sich die Vertragsstaaten der Vereinten Nationen Ende nächsten Jahres in Paris auf ein Abkommen mit verbindlichen Klimazielen einigen. Das Abkommen würde dann das Kyoto-Protokoll, das 1997 erstmals verbindliche Klimaziele festlegte, ablösen.

Als Berichterstatterin für Klimaschutz in der CDU/CSU-Fraktion sehe ich den Klimagipfel in New York als einen wichtigen Meilenstein in der Vorbereitung auf die alles entscheidende Klimakonferenz im Dezember 2015 in Pa-

ris. Bis spätestens März nächsten Jahres sollen alle großen Emittenten von Treibhausgasen ihre Beiträge zum internationalen Klimaschutzabkommen vorstellen. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat die Vertragsstaaten daher zu Sondierungsgesprächen nach New York eingeladen, bevor im Dezember in Lima (Peru) eine vorbereitende internationale Klimakonferenz stattfindet. Deutschland alleine kann das Klima jedoch nicht retten. Wir müssen daher jede Chance auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen nutzen. China und den USA, den weltweit größten CO₂-Emittenten kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Es ist nun wichtig, dass diese Staaten, ein Abkommen mit verbindlichen Klimazielen mittragen. Dafür machen wir uns stark.

Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

www.anja-weisgerber.de